lichen Bildungen, sondern Produkte weltgeschichtlicher Begebenheiten: so ganz besonders die englische, die französische, die amerikanische Nation. Nation und Staat lassen sich in der historischen Betrachtung nicht so trennen, wie Lamprecht will: die Nation bildet den Staat, aber der Staat bildet auch die Nation und beeinflusst ihr Kulturleben auf das tiefgehendste. Man denke nur an die wirtschaftlichen Resultate des Merkantilismus! In den Gegensätzen und in der Verkettung der Nationen und Staaten schreitet die Weltgeschichte fort; und diese erscheinen in ihr mehr als große Gesamtindividualitäten, wie als gleichartige Gattungsexemplare. Wo eine parallele Entwicklung vorhanden ist, wie innerhalb der romanisch-germanischen Völkerfamilie, da beruht sie auf gemeinsamen Kulturgrundlagen, die aber keine Naturausstattung, sondern weltgeschichtliche Errungenschaften sind. Diese Auffassung, die Ranke in so genialer Weise zur Anschauung gebracht hat, wird auch die Fortbildung der Geschichte auf breiterer Basis nicht zerstören können. Die große weltgeschichtliche Entwicklung ist nicht bloß das Abfallsprodukt der nationalen Entwicklung, sondern sie hat eine selbständige Bedeutung; sie wird nicht bloß von den Nationen erzeugt, sondern sie erzeugt selbst wieder Nationen; sie beruht auf einem besonderen, universalen, massenpsychologischen Prozeß, der den nationalen Entwicklungsprozeß häufig durchbricht, ihn jedenfalls, sobald erst eine Verflechtung stattgefunden hat, auf das gewaltigste beeinflusst. In Renaissance, Rezeptionen und „Diosmosen“ erschöpft sich die Wirkung der weltgeschichtlichen Kulturmächte doch mit nichts; sie bewirken vielmehr, daß die Nationen, die sie beherrschen, gewissermaßen ein gemeinschaftliches Leben führen, fast wie die Individuen eines sozialen Verbandes. In diesem Sich-Kreuzen und Verflechten der nationalen und der universalen Entwicklung liegt meines Erachtens die Unmöglichkeit begründet, die Weltgeschichte als eine vergleichende Geschichte der Nationen zu konstituieren: sie ist und bleibt doch wohl ein großer singulärer Prozeß.

12. Aug. 1896.

O. Hintze.

Meine Ansicht der deutschen Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation.

Erwiderung auf die Recension des Herrn Anton Chroust (S. 3. 77, 474).

Nachdem die Redaktion dieser Zeitschrift mir eine Antwort auf die von Dr. Chroust verfaßte Recension des 2. Bandes meiner

5*

deutschen Geschichte verstattet hat, glaube ich trotz des Zweifels, ob die Besprechung soviel Rücksicht verdient, nicht völlig schweigen zu sollen. Allerdings, da der Recensent meiner „Darstellung der deutschen Politik von 1586 bis 1618“ nach vielen Bedenken das Zeugniß einer „immer noch bedeutenden Leistung“ ausstellt, hätte ich vom Standpunkt meines bescheidenen Selbstgefühls nicht viel zu sagen; aber angesichts einer Kritik, in welcher der Beifall vor der Masse der Ausstellungen verschwindet und die Ausstellungen im Tone überlegener Sachkenntnis vorgetragen werden, will ich die Frage stellen, ob und inwieweit durch diese Auslassungen unsere Kenntniß bereichert oder die Forschung angeregt wird.

Ich beginne mit dem Vorwurf einer ungleichmäßigen Vertheilung des Stoffes. Vor Allem, so heißt es, habe ich in der Entwicklung des Jülicher Erbfolgestreites „dem Leser kaum einen nebensächlichen Umstand erlassen“, ja ich habe denselben „in den Mittelpunkt der ganzen Darstellung gerückt“; im Vergleich mit dieser Ausführlichkeit seien dagegen die Verhandlungen über die Nachfolge Rudolf's II. höchst ungenügend berücksichtigt. Nur im Vorübergehen bemerke ich hierzu, daß die beiden Bemerkungen bezüglich der Nebenumstände und des Mittelpunktes, wenn sie mit Bedacht niedergeschrieben sind, die erste eine sehr oberflächliche Kenntniß der Jülicher Dinge, die andere eine urtheilslose Lektüre meines Buches verrathen. Näher aber muß ich auf die Frage eingehen, weshalb ich den Gang des Jülicher Erbfolgestreites allerdings mit verhältnismäßiger Ausführlichkeit behandle.

Ein leitender Gedanke meiner Darstellung ist, daß im Innern des Reichs die Gegensätze der großen kirchlichen Parteien in Folge der beiderseitigen Thatenscheu immer wieder in sich ausbrennen zu wollen schienen, daß aber immer wieder die sinkende Blut durch die Einwirkung verwandter Kämpfe angesacht wurde, die sich in einem Kreise deutscher und außerdeutscher Mächte einerseits an der Ost-, andererseits an der Westgrenze des Reiches erhoben. Den Mittelpunkt des westlichen Sturmggebietes bildeten die Niederlande; einen linken Flügel gab Frankreich, einen rechten die geschlossene Masse katholischer Fürsten und Stände in den niederrheinischen Gebieten ab. Der mächtige Einfluß dieses Systems auf den Gang der deutschen Dinge nöthigte mich, u. a. die Zerreißung der Niederlande in ein katholisches und ein protestantisches Staatswesen und die Einwirkung beider auf die deutschen Verhältnisse mit Sorgfalt dar-

zuliegen. Derselbe Grund verlangte besondere Aufmerksamkeit auf die erst in den Aachener und Kölner Bewegungen mißlungenen, dann im Jülicher Erbfolgekrieg gelungenen Versuche der Protestanten, das katholische System am Niederrhein zu durchbrechen. Was dann die weitere Entwicklung des Jülicher Successionsstreites noch bedeutsamer macht, ist der Umstand, daß die beiden lutherischen Erwerber, Brandenburg und Neuburg, unter dem Druck der am Niederrhein vormaltenden Mächte der eine vorwärts auf die calvinische, der andere zurück auf die katholische Seite geführt wird und daß fortan das brandenburgische Fürstenhaus im Zusammenhang mit der gleichzeitigen preußischen Erwerbung die Verpflichtung überkommt, nach innen gleiches Recht zwischen Katholiken, Lutheranern und Reformirten zu wahren, nach außen in jede große Verwicklung, die im Mittelpunkt, an der Ost- oder Westgrenze Deutschlands aufgeht, hineinzutreten.

Aus diesem Grunde erscheint der Jülicher Erbfolgestreit in meiner Darstellung zwar nicht als der, aber als einer der bewegenden Mittelpunkte der deutschen Geschichte. Kann man das Gleiche von den Verhandlungen über die Nachfolge Rudolfs II. sagen? Ihrem unmittelbaren Zwecke nach gehen diese Verhandlungen darauf aus, dem Kaiser die Zustimmung zur Wahl eines römischen Königs abzugewinnen.¹⁾ Wie nun dieses Hauptziel bei dem passiven Widerstand Rudolfs II. stets unerreicht bleibt, so kreuzen sich noch zielloser darunter die Verhandlungen der Bewerber und ihrer Gönner, die Anstrengungen, die Wahl zu fördern oder zu hindern: ein Gewirre von Unterhandlungen, die zugleich weitschweifig und matt sind, immer wieder von neuem ansetzen und immer wieder in Nichts sich auflösen. Da in der Geschichte die einzelnen Vorgänge soviel bedeuten als sie wirken, so war in einer zusammenfassenden Darstellung dieses Treiben nur soweit zu berücksichtigen, als anderweitige Folgen, z. B. der Zwist im österreichischen Fürstenhaus, sich daran knüpfen, oder allgemeine Tendenzen, z. B. der Gedanke, daß die Kaiserkrone nur auf ein Mitglied des Hauses Österreich zu übertragen sei, sich darunter befestigen. Eine Belehrung, wie solche mittelbaren Ergebnisse, soweit sie von Bedeutung sind, schärfer und vollständiger zu fassen sind, würde ich mit Freuden

¹⁾ Wiederholt wird allerdings auch die kaiserliche Zustimmung als von Rechts wegen entbehrlich bezeichnet; aber diesem Gedanken wurde, abgesehen von einem unten zu erwähnenden Vorgang des Jahres 1611, keine Folge gegeben.

annehmen. Aber sichtlich will mein Kritiker den Nachfolgeverhandlungen als solchen eine ausgezeichnete Aufmerksamkeit zugewandt sehen. Daß z. B. neben Anderen auch Maximilian von Baiern in der ersten Epoche seiner Herrschaft einigemal insgeheim anklopfte, ob sein kurfürstlicher Oheim in Köln nicht etwa die Gunst des Kaisers und der Wähler auf ihn lenken könnte (Chroust nennt das eine recht lebhafteste Bewerbung), erscheint ihm als ein hervorragender Vorgang, dessen Übergehung in meinem Buche sich von selber richtet. Ja, er versteigt sich zu dem erstaunlichen Satz¹⁾: „Seit 1600, besonders aber seit 1610 stehen die Bestrebungen, die Nachfolge im Reich zu sichern, im Vordergrund der politischen Interessen“. Kam ihm denn gar nicht die Frage: im Mittelpunkt welcher Interessen? Derjenigen des vielgestaltigen deutschen Staatswesens, dessen Geschichte ich schreibe? oder derjenigen eines besonderen Kreises von Personen und Verhandlungen, auf deren Akten Dr. Chroust gestoßen ist?

Nicht fruchtbarer als dieser Versuch, die wichtigen Successionsverhandlungen der großen Umgestaltung der Machtverhältnisse am Niederrhein gleich zu setzen, scheinen mir die übrigen Einwände gegen meine Stoffvertheilung zu sein. Bis zur Gründung der Union und Liga ist innerhalb der großen reichsständischen Parteien der Vorrang der Aktion auf Seiten der Kurpfälzer und ihres Anhangs: sehr natürlich also, wenn das Verhalten dieser Partei einen breiteren Raum in der Darstellung einnimmt, als dasjenige Baierns und der geistlichen Stände.²⁾ Nach der Gründung beider Bündnisse und nach der folgenschweren Zeit des Zülcher Erbfolgekriegs, in welcher Union und Liga sofort eine Probe ihrer kriegerischen Leistungsfähigkeit zu bestehen hatten, aus der sie erschöpft und enttäuscht hervorgingen, tritt für das katholische wie das protestantische Bündnis eine Epoche inneren Zwistes, mißlungener Kräftigungsversuche und partieller Auflösung ein: sehr natürlich wiederum, wenn diese Zeit des matten Vegetirens viel kürzer behandelt wird, als diejenige der Erhebung

¹⁾ Noch Ungeheuerlicheres leistet er in der Werthschätzung der Vorgänge, indem er den Salzstreit zwischen Baiern und Salzburg und den dabei von Maximilian geführten Gewaltstreich, für den ich im Rahmen der allgemeinen deutschen Geschichte keinen Raum finde, als das „merkwürdigste Ereignis der deutschen Gegenreformation“ bezeichnet.

²⁾ Keineswegs sind dagegen die österreichischen Angelegenheiten (östliches Sturmgebiet!), d. h. die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Landesherren und den Ländern, zurückgetreten.

und Erprobung. Aber so selbstverständlich diese Folgerungen sein mögen, im Mund meines Kritikers wandeln sie sich in Tadel über ungleiche Stoffvertheilung, für die er dann die freundliche Erklärung einseitiger Benutzung protestantischer Akten und erlahmenden Interesses hat. Gewiß wird die fortschreitende Forschung Ungleichheiten und Lücken in meiner Darstellung aufdecken; aber zur Ausgleichung und Ergänzung ist nicht nur das Heranschleppen unbenutzter Akten, sondern auch Nachdenken und Urtheil von nöthen.

Von der Vertheilung des Stoffs wendet der Recensent sein prüfendes Auge den Charakteristiken zu. Er hat deren nur drei entdeckt: von Maximilian von Baiern, von Christian von Anhalt und von Klesl, von denen nur die beiden ersteren seine Billigung haben; im übrigen, erklärt er, erscheinen die handelnden Personen bei mir als eine unterschiedslose Masse. Über letzteres Verdikt mag ich nicht mit ihm rechten; genug, daß urtheilfähige Leser in den als handelnd aufgeführten Personen, z. B. dem Kaiser Rudolf, Erzherzog Ferdinand und Karl Emanuel von Savoyen, oder den pfälzischen Friedrichen, dem Landgrafen Moriz und Herzog Heinrich Julius die individuellen Züge verstehen und aus ihnen die geistige Atmosphäre des Jahrhunderts würdigen werden. Auch über die mir völlig neue Beobachtung, daß ich in Bezug auf Klesl „nur das tendenziöse Urtheil Hammer-Purgstall's und die dehnbaren Redensarten des Venetianers Soranzo umschrieben“ habe, gehe ich schweigend hinweg; nur das, was der Kritiker aus dem Schatz seiner eigenen Gedanken hinzusetzt, nämlich seine Andeutungen, wie man zu einer gründlichern Auffassung Klesl's gelangen wird, habe ich zu prüfen. Da höre ich denn: der Schlüssel zum Verständnis Klesl's liege in seinem lange von Erfolg gekrönten Bestreben, „Matthias in die Höhe zu bringen und auf ihr zu erhalten“; hiebei habe er Zugeständnisse an die Unkatholischen im Reich und in den Erblanden nicht gescheut; in seinen Erfolgen und Mißerfolgen sei er mit Metternich zu vergleichen: „Metternich ist an der Klippe der innern Politik Österreichs, Klesl an der äußern, der Reichspolitik, gescheitert“. Ich bedaure, in der ersten Behauptung nur die unbessene Übertreibung eines einzelnen Charakterzugs Klesl's zu erkennen, nämlich seiner Hingabe an seinen Landesfürsten, dessen Emporkommen im übrigen mit der für Klesl nicht minder wichtigen Erhaltung der Macht und Politik, besonders auch der kirchlichen Politik des österreichischen Hauses, soweit beides noch zu erhalten war, sowie mit dem Übergang der Kaiser-

krone auf einen österreichischen Fürsten, soweit der Übergang ohne außerordentliche Erschütterungen zu bewirken war, aufs engste zusammenhing.¹⁾ Zugeständnisse an die Unkatholischen im Reich sodann hat Klesl doch lediglich machen wollen, und dieser Wille war ohne Klarheit und Festigkeit. Was aber die angeblichen Zugeständnisse an die Protestanten in den Erblanden betrifft, so erinnere ich nur, daß Klesl gegen des Matthias' Einräumungen an die österreichischen Protestanten vom März 1609 ungefähr dieselbe Stellung einnahm, wie Slavata gegen den böhmischen Majestätsbrief. Endlich die Antithese zwischen Metternich und Klesl! Sie würde, was Klesl angeht, ebenso halb wahr sein, wenn man sie umkehrte. Denn der unmittelbare Anlaß zu seinem Sturz entsprang aus dem Zusammenbruch der Restaurationsherrschaft in Böhmen. Nicht wo der Recensent sie sucht, sondern ganz anderswo findet sich allerdings eine Lücke in meiner Charakteristik Klesl's und seiner Wirksamkeit. Sie ist bedingt durch unsere recht ungenügende Kenntniß des Umfangs und der Grenzen der Einwirkung Klesl's auf die österreichische Landesverwaltung unter Kaiser Matthias, auf die centrale wie die partikulare, die geistliche wie die weltliche, die äußere wie die innere. Zu beseitigen ist sie nicht durch wohlfeile Einfälle, sondern durch planmäßige Forschung.

Wenn also die Ausstellungen des Recensenten an meinen Charakteristiken wie an meiner Stoffvertheilung sich als gleich unfruchtbar erweisen, so hätte man erwarten dürfen, daß er wenigstens innerhalb der fast erdrückenden Masse von Einzelvorgängen, die ich zu verarbeiten hatte, das eine oder andere klarer in's Licht gestellt hätte. Auch hier jedoch wird man enttäuscht. Theils läßt der Kritiker mich verschweigen, was ich deutlich gesagt habe, theils läßt er mich sagen, was zu sagen ich mich gehütet habe. An einer Stelle z. B., wo ich von den Vorbereitungen des katholischen Bundes rede (2, 14), sage ich: die geistlichen Fürsten „wurden durch die . . . Opposition ihrer Kapitel . . . von einer gewagten und kostspieligen Politik zurückgehalten“; mein Recensent bezeichnet diese Opposition als „eine bisher kaum beachtete Bewegung“, die mir „entgangen“ sei.²⁾ — In

¹⁾ Nur andeuten will ich die Frage, ob man denn überhaupt Klesl als die stetig und vorzugsweise wirkende Kraft bei dem Emporkommen des Matthias gegen Rudolf bezeichnen darf.

²⁾ Um neuen Verdrehungen zuvorzukommen, bemerke ich hinsichtlich dieser und der folgenden Ausstellungen, daß es etwas ganz anderes ist, ein

früheren Arbeiten (vgl. Union 2, 211) habe ich die Thatsache an's Licht gezogen, daß im Jahre 1607 in den Beziehungen zwischen Mainz und Pfalz der Gedanke auftauchte, die aus dem Religionsfrieden entstandenen Streitigkeiten durch einen umfassenden Ausgleich wegzuräumen; in meiner deutschen Geschichte sodann schildere ich die seit Ende 1610 fortlaufende Kette ähnlicher, auf einen noch umfassenderen Vergleich zielender Verhandlungen, greife aber dabei auf jene früheren Vergleichsanwandlungen deshalb nicht zurück, weil beide auf ganz verschiedenen Voraussetzungen fußen: früher galt es, die Sprengung des Reichstags und die Zerreißung des Reichs durch den Vergleich zu verhüten, jetzt aber, die inzwischen eingetretene Zerreißung des Reichs mittels eines umfassenden Ausgleichs rückgängig zu machen. Nun kommt der Kritiker und erklärt diese absichtliche Übergehung aus meiner Unkenntnis; er belehrt die Leser, daß die Kompositionsbestrebungen „älter sind, als Ritter annimmt, und wenigstens bis 1607 zurückreichen“. — Noch unbegreiflicher sind die weiteren Ausstellungen, ich hätte über den Gegensatz zwischen den Fürsten und Städten in der Union die Zwistigkeiten und das Mißtrauen unter den Fürsten übersehen; ich hätte den Umstand, daß „Kurbrandenburg um Jülich wegen (sic!) fortan eine Politik mit zwei (bloß zwei?) Fronten führt“, kaum gestreift u. s. w.

Andererseits unterschreibt mir der Kritiker Behauptungen, gegen die ich mich verwahren muß. Ich habe gesagt, daß Maximilian von Baiern nach der Unterwerfung Donaauwörth's den Plan der Einverleibung dieser Stadt in's baierische Territorium aufgestellt habe, und zwar als „Konsequenz“ des vor der Unterwerfung betonten Anspruchs auf Zahlung der Kommissions- und Exekutionskosten. Die Frage, ob er diese Konsequenz schon vor der Unterwerfung gezogen, ob ihn also in irgend einem früheren Abschnitt des Verfahrens neben dem Interesse der katholischen Kirche auch dasjenige seines Fürstenthums vorangetrieben habe, rühre ich nicht an, weil sie meines Erachtens (vgl. meine Recension von Stieve's Donaauwörth, S. 3. 36, 544) sich weder bejahen, noch verneinen läßt. Aber alle Vorsicht in der Wahl meiner Worte hindert den Recensenten nicht, mir die positive „Ver-muthung“ zuzuschreiben, „daß Maximilian von Anfang an das arme

paar Einzelheiten zur Erläuterung eines maßgebenden Verhältnisses nachtragen, und etwas anderes, zu behaupten, das Verhältniß selber sei nicht erkannt.

kleine Reichsstädtchen seinem Gebiet habe einverleiben wollen“. Selbst in dem einzigen Fall, wo mein Kritiker im Grunde Recht hat, geht es nicht ohne Umstellungen ab. Ich war davon ausgegangen, daß der Nürnberger Kurfürstentag (Oktober=November 1611) im Gegensatz gegen die auf schleunige Veranstaltung eines Wahltags gehenden Wünsche des Matthias (Hammer, Meisl II Nr. 350, 361) es für nöthig hielt, erst die Zustimmung des Kaisers zur Wahl nachzusuchen und den Wahltag selber um volle sechs Monate hinauszuschieben. Nicht hinzugefügt habe ich, daß der in diesen Beschlüssen wieder hervortretende Grundsatz von der Nothwendigkeit kaiserlicher Zustimmung durch den Eventualbeschluß, im Fall nochmaliger Verweigerung des Konsenses kraft eigenen Rechtes der Kurfürsten vorzugehen, eingeschränkt wird. Der Recensent läßt mich nun dasjenige, was ich übersehen habe, „in Abrede stellen“ und sucht ebenso einseitig, wie ich in der auf den Kaiser genommenen Rücksicht, so seinerseits in der ihm bezeugten Rücksichtslosigkeit die Bedeutung des Kurfürstentags. — Man begreift es, daß ich nach solchen Proben den Auspruch, daß meine Darstellung der Unionsgeschichte nach 1610 „zum Theil ungenau“ sei, bis zur Veröffentlichung der betreffenden Akten für unmaßgeblich halte.

Am Schluß seiner Recension erhebt sich der Kritiker von den Einzelfragen zu den höchsten Aufgaben der Geschichtschreibung. In einem Schlußkapitel habe ich die Lage Deutschlands „in raschem Überblick“ zusammengefaßt. Indem nun der Recensent das dahin versteht, daß ich die gesammte „materielle und geistige Kultur von 1555 bis 1618“ zu schildern hätte, läßt er einen bunten Wirbeltanz von Handbuchnotizen über Patriziat und Gemeinde in den Städten, über Geburtsstände und Leibeigenschaft, über Poesie und Musik, über Baukunst und Goldarbeit los und entrüstet sich über mein Schweigen von all diesen Dingen. Auf diesen Redesturz habe ich zunächst zu bemerken, daß auf dem unermesslich schwierigen Gebiet, wo sich politische und Kulturgeschichte durchdringen, der Autor ein gewisses Recht hat, gefragt zu werden, was er nach seiner besonderen Auffassung und nach der besonderen Anlage seines Werkes berücksichtigen, und was er bei Seite lassen wollte. Nach meiner Auffassung, die ich einmal besonders dargelegt habe, bildet Wirken und Leiden des Staats den festen Boden, von dem die geschichtliche Darstellung ausgehen, und zu dem sie zurückkehren muß; die Formel aber, unter der man Wirken und Leiden des Staats zusammenfassen mag, lautet: Kampf um's Recht.

In diesem Sinn hatte ich in der für meine Darstellung gewählten Epoche zwei sich unter einander vielfach verflechtende Kämpfe, einerseits zwischen dem Recht der alten und neuen Kirche, andererseits zwischen Reich und Territorialstaat, zu schildern. Hierbei mußte ich zunächst von den Begebenheiten zurückgehen zu den staats- und kirchenrechtlichen Ordnungen, welche bestanden, zu den Neuordnungen, welche erstrebt wurden, zu den Theorien, mit denen das Bestehende verfochten und das Erstrebte begründet wurde. Noch weiter wurde ich geführt durch die Erkenntnis, daß das Recht nicht aus sich selber entsteht und sich selber nicht Zweck ist: der lebendige Grund, aus dem es entspringt, und der inhaltsreiche Zweck, dem es zustrebt, ist die Kultur, welche Schutz und Förderung erheischt; und deshalb findet ein Verhältniß der Wechselwirkung statt zwischen Bestand und Veränderung im Rechte einerseits und in der Kultur andererseits. Diesem Wechselverhältniß mußte ich bei den von mir behandelten Erscheinungen folgen. Da sah ich denn den Streit zwischen Reich und Territorialstaat durch große Veränderungen und Erfordernisse des Wirthschaftslebens bedingt; ich sah in denselben Streit noch eine weitere Kulturmacht eingreifen, deren volle Kraft sich indes erst auf dem Boden des halb gesellschaftlichen, halb staatlichen, einerseits dem Staat untergeordneten, andererseits über ihn hinausgewachsenen Gemeinwesens der mittelalterlichen Kirche bewährte: nämlich die Umwälzung im wissenschaftlichen, sittlichen und religiösen Leben, welche die kirchliche Spaltung und somit den Kampf zwischen dem Recht der alten und neuen Kirche bewirkte. Offenbar waren diese Kulturverhältnisse im Zusammenhang mit den staats- und kirchenrechtlichen Erscheinungen zu behandeln: in der Einleitung war ihr Zustand, in der Erzählung ihre Veränderung, in einer Schlußbetrachtung der aus den Veränderungen sich ergebende neue Zustand, soweit er nicht schon in der Erzählung bezeichnet war, darzulegen. Aber eine besondere Erwägung legte mir hier besondere Zurückhaltung auf. Soll das geschichtliche Leben in seiner lebendigen Einheit erfaßt werden, so dürfen in die Darstellung desselben die Erscheinungen der Kultur nur soweit aufgenommen werden, als sie in organischem Zusammenhang mit den staatlichen Vorgängen begriffen sind. Dies Begreifen aber hat seine doppelte Grenze in den zur Zeit errungenen allgemeinen Kenntnissen und dem besondern Wissen des Verfassers, und diese Grenzen wird derjenige möglichst streng einhalten, der in dem oberflächlichen Verallgemeinern oberflächlich gefaßter Einzelheiten und dem prahlerischen

Nachsprechen unverständener Urtheile eine ernste Gefahr unserer kulturhistorisch erweiterten Geschichtschreibung erkennt.

Hiernach hat die Absicht, ein Bild der gesammten Kultur des deutschen Volkes zu geben, mir fern gelegen. Wohl aber war es mein Bemühen, daß dasjenige, was ich aus dem Bereich der Kultur gebe, sich nicht bloß äußerlich an den Gang der politischen Geschichte anhefte, und daß es seinem Inhalte nach das Gepräge selbständiger Arbeit an sich trage. Was besonders das Schlußkapitel des 2. Bandes angeht, so sind die Einzelheiten desselben in ihrem Zusammenhang mit dem einleitenden ersten Buch des 1. Bandes und der ganzen sich daran schließenden Erzählung aufzufassen. Die Aufgabe war, im Hinblick auf die in jener Einleitung geschilderten Zustände von Recht und Kultur, die inzwischen eingetretenen Veränderungen, soweit sie nicht schon in der Erzählung genügend gekennzeichnet sind, kurz zusammenzufassen. In der Einleitung bin ich auf dem Gebiet des staatlichen Lebens von der Lage des Reichs und Territorialstaates ausgegangen: im Schlußkapitel habe ich, da die im Reich eingetretenen Änderungen in der Erzählung bestimmt genug hervorgetreten sind, die im Territorialstaat gebildeten neuen Zustände — die kirchlichen Organisationen, die Änderungen im Kriegs- und Finanzwesen — kurz zusammengefaßt. In der Einleitung habe ich die Verhältnisse des wirtschaftlichen Lebens besprochen: im Schlußkapitel fasse ich die neu eingetretenen Zustände in's Auge, und zwar auf denjenigen Gebieten, wo sich am ehesten durchgehende Erscheinungen nachweisen lassen, nämlich im Geld- und Kreditwesen und im auswärtigen Handel. In der Einleitung führe ich den Ursprung der kirchlichen Spaltung auf große Bewegungen des wissenschaftlichen, sittlichen und religiösen Geistes zurück: in dem Schlußkapitel weise ich auf die weitere Entwicklung desselben Geistes unter den Einwirkungen der vollzogenen Spaltung hin. Gewiß, das ist ein sehr unzulänglicher Versuch, dem Reichthum des wirklichen Lebens nahe zu kommen. Aber die Vorschläge meines Kritikers würden, wenn befolgt, nur zu massenhaften Schildereien von sehr zweifelhafter Zuverlässigkeit und unzweifelhaftem Durcheinander führen. Oder traut er sich's am Ende selber zu, in dem wüsten Schwall die beherrschenden Strömungen aufzuweisen? Nach den weiten Ausblicken am Schluß seiner Recension sollte es fast so scheinen. Anknüpfend an meinen Hinweis auf die vielen Beziehungen zwischen den Protestanten und Katholiken, welche über die Trennung hinausreichten, führt er gegen

meine Behauptung von einer relativen (ich brauche das Wort „vorherrschen“). Gemeinsamkeit der Ziele und Methoden in dem außerhalb der Theologie sich bewegenden Studium und Unterricht das tiefgründige Argument an, daß man in den Jesuitenschulen „die Schriften des Erasmus (gemeint sind wohl die colloquia) verfolgt“ habe, und schneidet dann mit fester Hand das „gebildete Deutschland in zwei scharf abgegrenzte Kulturreise“: von denen sei der eine evangelisch-französisch, der andere katholisch-italienisch gewesen; ein Gebiet gemeinsamer Arbeit hätten beiden erst die Naturwissenschaften gewährt (was die nicht immer allein auf sich nehmen müssen!); zu dieser Gemeinsamkeit habe Kepler einen Anfang gemacht, indem „er den Sternen ihren Schrecken genommen“ habe (wirklich?), aber die rechte Zeit sei erst mit dem Ende des 17. Jahrhunderts gekommen. — Nun, um solche Geistesblitze auszusenden, braucht man nicht viel Studium und Nachdenken. Aber mir scheint, in ein ernsthaftes Buch gehören sie nicht hinein.

Moriz Ritter.